

# So soll jede Wohnung in Bielefeld warm bleiben

Mit der Fernwärme haben Stadtwerke und Stadt einen Trumpf in ihren Händen – wenn nur dieses Mittelgebirge nicht wäre. Der Teutoburger Wald spaltet die Stadt in zwei Heizungs-Regionen. Wo Fernwärme nicht hinkommt, gibt es Probleme. Doch die Stadt arbeitet an einem Plan.

Kurt Ehmke

■ **Bielefeld.** Kommunale Wärmeplanung klingt nach ganz weit weg. Ist es aber nicht. Im Gegenteil. Stadt und Stadtwerke arbeiten an dieser Planung – Ende 2023 soll auf dem Tisch liegen, wie wo in Bielefeld geheizt wird; und wie es wo weitergehen kann. Präzise für jede Straße. Und auch mit offenen Augen für Probleme wie Regeln und Satzungen, die neue Technologien behindern. Stärkster Trumpf der Stadt ist dabei die Fernwärme.

Sie zu haben ist ein Vorteil. 4.100 Anschlüsse gibt es laut Stadtwerke-Chef Rainer Müller, darunter viele zu Mehrfamilienhäusern. 223 Kilometer Fernwärmeleitungen liegen, es sollen weitaus mehr werden. Doch das dauert und ist teuer. Außen vor bleiben Gadderbaum, Senne, Sennestadt, Brackwede – die Müllverbrennungsanlage in Heepen als Hauptfernwärmeerzeuger liegt so, dass vor allem Mitte erreicht wird. Umweltdezernent Martin Adamski: „Über den

Teuto kommen wir nicht.“

Trotzdem sieht er die Fernwärme „als Schlüsseltechnologie der Stadtwerke“. Unter dem Strich gehe es darum, den Anteil fossiler Wärmeerzeuger (75 Prozent) deutlich abzusenken. Gas und Öl runter, Fernwärme und (Luft-)Wärme-Pumpen hoch, so die Tendenz. Klimaneutralität sei nur über das Thema Wärmeproduktion zu erreichen, sagt Adamski. Er macht deutlich, dass es durchaus eine kuriose Seite gibt: „Bei jeder Bewegung entsteht Wärme – sie ist ein Abfallprodukt und wird dennoch am energieaufwendigsten hergestellt.“

## Spannungsfeld zwischen Bund und Bielefeld

Er freut sich, mit den Stadtwerken einen Partner für die Wärmeplanung gefunden zu haben. Müller: „Wir erwarten Antworten auf die Frage, welche Gebiete sich am besten für welche Versorgungsmöglichkeit eignen – und sind offen,

welche Technologie am Ende dabei herauskommt; keine Wärmequelle wird pauschal ausgeschlossen.“

Das klingt nach einem Spannungsfeld zu dem, was die Bundespolitik mit dem Gebäudeenergiegesetz diskutiert. In ihm könnte das Aus neuer Gasheizungen zu 2024 fixiert werden. Weil das so ist und viele Bürgerinnen und Bürger ängstigt, boomen gerade sowohl der Markt für neue Gasheizungen als auch neue Pelletheizungen und Luft-Wärmepumpen. Es werden aufgrund des Bundesdrucks massenhaft Fakten geschaffen, wo sich Kommunen wie Bielefeld doch gerade aufmachen, Bestände zu erfassen und die Zukunft zu planen.

Oder, wie es Adamski formuliert: „Unser Ziel ist es, zu wissen, welches Instrument wir wo ziehen.“ Bei Müller klingt das so: „Unser Ziel in der Wärmeplanung ist es, 2024 zu wissen, wie wir von A nach B kommen.“ Dass parallel die verunsicherten Bürger reihenweise Fakten schaffen, versteht Müller – und sieht die aktuelle Lage kritisch. „Optimal wäre es, erst eine kommunale Wärmeplanung zu haben – und dann ein Gebäudeenergiegesetz.“

Stadtwerke-Chef Müller gibt sich diplomatisch, er verpackt die Kritik so: „Wir müssen mit dem Primat der Politik leben, mehr Spielräume wären aber wünschenswert.“ Durchklingen lässt er, dass er auf längere Übergangsfristen hofft, damit der Druck auf die Bürger etwas nachlässt und mehr strategisch geplante Entscheidungen möglich sind.

Adamski lässt erahnen, dass



Immer mehr Fernwärme: Das ist der Plan für Bielefeld, der aber alleine nicht ausreicht, das Ziel zu erreichen.

Foto: Stadtwerke/Veit Mette



Martin Adamski: „Schaffen es nur über Altbauten.“ Fotos: Krato



Rainer Müller: „Technische Umsetzbarkeit ist Mega-Thema.“

er das ähnlich sieht, er betont aber das Positive: „Fakt ist, wir werden den Kohlendioxid ausstoß reduzieren.“ Und das sei eben das oberste Ziel. Denn, egal ob Bielefeld 2030, 2035 oder 2045 klimaneutral sein wolle – alles sei ambitioniert.

Beide betonen, dass Veränderungen beim Heizen nicht

nur Thema bei Neubauten, sondern vor allem im Bestand sein müssten. Adamski: „Wir schaffen die Energiewende nur über die Altbauten.“

Naheliegender sei, dass es auch Anschlusszwänge geben werde: Wo es Fernwärme gebe, sei sie umso effizienter, je mehr Haushalte sie nutzten; notfalls

per Vorgabe. Nur so sei eine Wärmewende erreichbar.

Und: Da die Wärmeerzeugung stärker über Strom laufen wird (Wärmepumpen), sei „eine Bedingung der massive Ausbau der erneuerbaren Energien“, so Müller.

Adamski stellt klar: Die Kommune müsse den Bür-

gern mehr Freiräume bieten (Abstandsregeln, Vorgartenregeln), aber auch eindeutiger steuern müssen. „Wir werden lenken, das muss jetzt mitgedacht werden dürfen.“

Es sei komplex, betont Müller, und stellt klar: „Die technische Umsetzbarkeit wird für uns alle das Mega-Thema.“